



Berlin, 3. April 2012

GdP verabschiedet Positionspapier zu „Organisierter Kriminalität“

Witthaut: Polizeilichen Druck auf kriminelle Rocker-Szene erhöhen

Potsdam/Berlin. „Macheten schwingende Rocker, die verfeindete Clubs in aller Öffentlichkeit mit größter Brutalität angreifen, haben auf unseren Straßen und in unserer Gesellschaft nichts zu suchen“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) bei der Vorstellung des aktuellen GdP-Positionspapiers „Organisierte Kriminalität“ im Rahmen einer Sitzung des GdP-Bundesvorstandes in Potsdam. Die massiven gegenseitigen Übergriffe vor allem der Hells Angels, Bandidos und ihren sogenannten Supportern belegten die damalige Einschätzung der GdP, dass der vor rund zwei Jahren zwischen den verfeindeten Motorradgangs geschlossene „Frieden von Hannover“ nur dazu dienen sollte, die Öffentlichkeit zu beruhigen und den Fahndungsdruck zu verringern. Witthaut: „Rockergruppen drängen immer stärker in den Rauschgifthandel, die Rotlichtkriminalität und den organisierten Menschenhandel. Wann immer es mit erfolgversprechenden Ermittlungsergebnissen unterlegt ist, sollten einzelne Rocker-Clubs verboten werden. Die GdP fordert die Politik auf, die Polizeien des Bundes und der Länder spürbar zu stärken. Organisierte Kriminalität ist in weiten Teilen ein Kontrolldelikt. Wo die Polizei den Tätern nicht auf den Füßen steht, breitet sich das Verbrechen ungehemmt aus.“

Hinter den einschlägig bekannten Rockergruppierungen, so der GdP-Vorsitzende weiter, stünden bei weitem keine romantisierenden Biker, sondern durchweg kompromisslos profitorientierte Straftäter, die unsere Gesetze, die Polizei und gesellschaftlich akzeptierte Normen strikt ablehnten. „Diese kruden Outlaw-Botschaften scheinen erhebliche Anziehungskraft auf Teile jugendlicher Subkulturen auszuüben.“ So sei zu erklären, sagte Witthaut, dass offenbar immer mehr junge Männer mit Migrationshintergrund in den Bann der einschlägig bekannten Rockergruppierungen gerieten und ihnen fast schon die Türen einliefen. „Gegenüber dieser fatalen Folklore muss der staatliche Ordnungsanspruch durchgesetzt werden. Das geht nur mit mehr Polizei.“

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle
Pressesprecher:
Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116
Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190